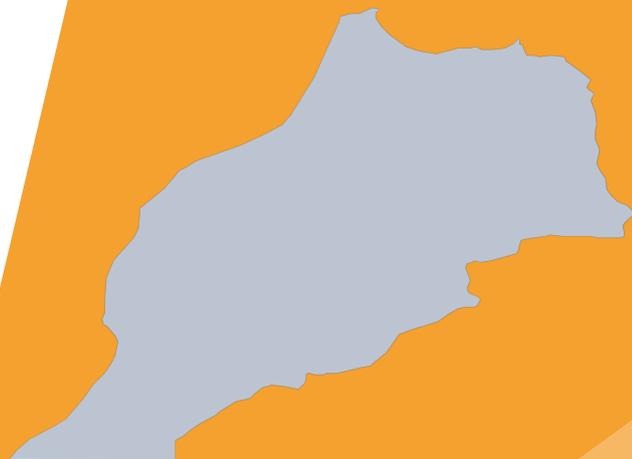


Marokko

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
<hr/>	
Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17
<hr/>	
Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	27
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Obwohl Marokko weltweit ein wichtiger Rüstungsimporteur ist, fallen deutsche Rüstungsexporte in das Land bislang niedrig aus. Die marokkanischen Streitkräfte sind überwiegend mit US-amerikanischen und französischen Waffensystemen ausgerüstet.

Da Marokko über keine bedeutende eigene Rüstungsproduktion verfügt, ist das Land auf Lieferungen aus dem Ausland angewiesen. Allerdings wird Kleinwaffenmunition in selbstständiger Produktion hergestellt und Militärlastwagen werden aus gelieferten Einzelteilen vor Ort zusammengesetzt. Zu den Aufgaben der marokkanischen Streitkräfte gehören neben dem Einsatz im Konflikt gegen die Polisario-Befreiungsfront in der Westsahara und der Abwehr von potenziellen äußeren Bedrohungen vor allem auch die Erhaltung der inneren Sicherheit und der Stabilität des königlichen Regimes. Das Land pflegt eine traditionell enge militärische Kooperation mit einigen Ländern des Westens, insbesondere mit Frankreich und den Vereinigten Staaten. So beteiligte sich das Militär auch am Golfkrieg von 1991 auf Seiten der Alliierten.

Das Heer ist technisch unterschiedlich ausgestattet und wie auch andere Teilstreitkräfte modernisierungsbedürftig. Im Zuge der Aufrüstung der algerischen Streitkräfte ab 2006, sah sich auch Marokko als Nachbar gezwungen, die Professionalisierung und Aufrüstung des eigenen Heeres voranzutreiben. Das Wettrennen zwischen den beiden Nachbarländern dauert bereits mehrere Jahrzehnte an. Das Königreich reagiert insbesondere auf milliardenschwere Waffengeschäfte zwischen Russland und Algerien. Seit einigen Jahren ist zudem eine umfassende Modernisierung im Gange, um die teils veraltete Ausrüstung der Streitkräfte auf den neusten Stand zu bringen und um einer absoluten militärischen Überlegenheit der algerischen Streitkräfte vorzubeugen. Erst 2006 per Dekret des Palastes abgeschafft, wurde 2018 auch die Wehrpflicht wieder eingeführt.

Ähnlich wie die algerischen und tunesischen Streitkräfte ist auch das marokkanische Militär von der Tendenz her pro-westlich und anti-islamistisch eingestellt. Der/die König:in ist Oberste:r Befehlshaber:in der Streitkräfte. Sowohl der umfangreiche interne Sicherheitsapparat als auch das Militär selbst sind prinzipiell eng mit dem Königshaus verbunden.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Marokko ist den meisten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Erwähnenswerte Ausnahmen bleiben die Anti-Personenminen-Konvention sowie das Abkommen über Streumunition. Als Begründung zum Nicht-Beitritt der Anti-Personenminenkonvention werden „Sicherheitsbedenken“ im konfliktreichen Süden des Landes angegeben. Das Land ist auch den meisten VN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Seit der Übernahme des Thrones durch Mohammed VI im Jahr 1999 hat sich die Menschenrechtssituation insgesamt verbessert, insbesondere bezüglich der Frauenrechte – auch wenn hier nach wie vor Probleme bestehen. Genau wie in Algerien und Tunesien wurden auch in Marokko in Folge des 11. September Anti-Terrorismus Gesetze erlassen, die einige Grundfreiheiten beschneiden. Insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung ist derzeit eingeschränkt. Teilweise kommt es auch zu Folter in Polizeigewahrsam.

Der Westsahara-Konflikt prägt die politischen Beziehungen besonders mit seinem Nachbarn Algerien. Schon als die Westsahara noch spanische Kolonie war, forderte der marokkanische König Hassan II im Rahmen seiner Bestrebungen zur Errichtung eines „Groß-Marokko“ den Anschluss der Westsahara. Nach dem Abzug der spanischen Truppen 1975/1976 kam es trotz algerischer Proteste und der Forderung der Vereinten Nationen nach Unabhängigkeit zu einer Teilung der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien. Eine endgültige Lösung der Konfliktursache mittels eines Referendums steht noch aus, da sich die Konfliktparteien nicht auf den zur Stimmabgabe berechtigten Personenkreis einigen können. Im Juni 2011 kam es erneut zu Gesprächen zwischen den Konfliktparteien, die jedoch kein Ergebnis erzielen konnten. Zentraler Konfliktgegenstand bleibt der rechtliche Status des Gebiets: Während Marokko auf eine Autonomielösung pocht, verlangt Polisario ein Referendum über den endgültigen Status. Seit 2020 eskaliert die Situation jedoch erneut, nachdem eine seit 1991 bestehende Waffenruhe verletzt wurde.

Neben dem Westsahara-Konflikt stellte Terrorismus zeitweise ein ernstzunehmendes Problem dar (was sich in mehreren Anschlägen insbesondere in 2003 und 2011 äußerte). Große Teile der Bevölkerung wendeten sich aber gegen islamistische Gruppierungen, sodass Terrorismus in Marokko derzeit (Stand: 2024) kein akutes Problem mehr ist.

Das historisch schwierige Verhältnis Marokkos zu seinem nördlichen Nachbarn Spanien entwickelt sich insgesamt positiv. Nachdem der Konflikt um die unbewohnte Insel Perejil unmittelbar vor der Küste Marokkos 2002 beigelegt wurde, häuften sich in der Vergangenheit positive Signale, die zu einer Verbesserung der Beziehungen beitrugen. Einen Rückschlag erlitten die Beziehungen durch den Besuch des spanischen Königs in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Das Königreich hat ein besonders enges Verhältnis zur ehemaligen Protektoratsmacht Frankreich, von der es nicht nur große wirtschaftliche Unterstützung erhält, sondern mit der es auch auf der politischen Ebene einen intensiven Besucher:innenaustausch pflegt. Die Spannungen zu Algerien steigen seit 2020 jedoch wieder so enorm an, dass einige Beobachter:innen ein Wettrüsten beider Länder diagnostizieren. Hintergrund hierfür sind unter anderem die erneuten Kampfhandlungen mit Polisario und der West-Saharakonflikt.

Marokko ist der weltgrößte Exporteur von Haschisch und beliefert etwa 70 Prozent des europäischen Cannabismarktes. Es ist ebenfalls ein wichtiges Transitland von südamerikanischem Kokain auf dem Weg nach Westeuropa. Auch die von Schleuser:innenbanden organisierte illegale Migration nach Westeuropa über die Straße von Gibraltar ist ein großes Problem. Menschenhandel und Prostitution sind insbesondere im nördlichen und urbanen Bereich Marokkos weit verbreitet. Erpressungen und Schleuser-Kriminalität steigen zudem – dennoch gilt Marokko im internationalen Vergleich als relativ wenig von organisierter Kriminalität betroffen.

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 3.700 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) gehört Marokko zu den lower-middle income economies. Die Wirtschaft des Landes beruht wesentlich auf Landwirtschaft und Bergbau und erwies sich zuletzt als recht anfällig für globale Krisen wie die Covid-19 Pandemie. Mit 60 Punkten lag Marokko 2019 auf einem mittelmäßigen 75. Platz des Global Competitiveness Index, welcher die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und ihren Ökonomien bemisst. Nach Einschätzung der Weltbank soll sich das Wirtschaftswachstum des Landes in den Jahren 2024 -2026 aufgrund steigender interner Kaufkraft und Nachfrage zwischen 3,1 und 3,5, % stabilisieren. Marokko gehört zu der HDI-Gruppe der Länder mit einer „mittleren menschlichen Entwicklung“ und machte in Bezug auf die Sustainable Development Goals die letzten drei Jahre nur noch geringe Fortschritte. Mit

Platz 26 auf dem Globalen Militarisiertungsranking (Stand 2024) gehört das Land auch jenseits der Militärausgaben zu den am stärksten militarisierten Ländern der Welt. Ob der bereits hohen Militärausgaben des Landes und den weiterhin bestehenden großen Herausforderungen in Bezug auf die Sustainable Development Goals sind Rüstungsexporte nach Marokko aktuell als zumindest möglicherweise kritisch zu betrachten.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	Fallschirme: 81,8%	5,74
2001	Teile für VHF-Sende-Empfangsgeräte und Kurzwellenfunksysteme: 91,7%	0,46
2002	LKW und -teile: 97,5%	4,55
2003	LKW und andere Landfahrzeuge: 49,2% Fallschirme und Teile für Trainingsflugzeuge: 37,4%	7,06
2004	Kurzwellensysteme und Teile für Kommunikationsausrüstung: 51,7% Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 45,8%	0,84
2005	Splitterschutzrahmen für Kampfflugzeuge: 99,9%	0,89
2006	Drehkupplungen: 74,4% Teile für Kommunikationsausrüstung: 25,4%	0,37
2007	Automatgetriebe: 52,8% Boden-Überwachungs-Radargeräte und Teile für Zielordnungssysteme, Radargeräte: 25,5% Helme und Fallschirme: 18,8%	9,84
2008	Wärmebildkameras: 53,9% Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhren und Teile für Navigationsausrüstung: 44,8%	6,51
2009	Kommunikationsausrüstung, Kathodenstrahlröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung: 37,7% Wärmebildausrüstung: 31,1% LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 26,2%	37,24
2010	Fallschirme und Teile für Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge: 47,8% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 36,9%	13,21
2011	Fallschirme und Teile für Fallschirme: 64,9% Minenräumgeräte [UN-Mission] und Teile für Minenräumgeräte [UN-Mission]: 14,9% Kommunikationsausrüstung, Kathodenstrahlröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung: 11,2%	6,55

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2012	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und Minenräumgeräte: 67,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Head-up-Displays: 32,6%	4,77
2013	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 93,8%	6,35
2014	Fallschirme und Teile für Fallschirme: 89,2%	1,71
2015	Bodenüberwachungsradar und Teile für Bodenüberwachungsradar: 68,1% Scheinzielpatronen: 18,2%	3,56
2016	Bodenüberwachungsradar und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Bodenüberwachungsradar: 51,5% Bodengeräte zur Beladung, Fallschirme und Teile für Transportflugzeuge, Fallschirme: 25,6% Teile für elektronische Ausrüstung und Kommunikationsausrüstung: 11,2%	14,31
2017	Teile für Kanonenmunition: 58,9% Teile für unbemannte Luftfahrzeuge und Bodengeräte: 26,6%	11,35
2018	Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung]: 79,3% Teile für Kommunikationsausrüstung: 17,2%	3,49
2019	Unbemannte Luftfahrzeuge, Bodengeräte für unbemannte Luftfahrzeuge, Ausrüstung zum Steuern von unbemannten Luftfahrzeugen, Fallschirme und Teile für Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Bodengeräte für unbemannte Luftfahrzeuge, Fallschirme: 59,1% Multisensorplattformen, Überwachungsradarsysteme, Bodenüberwachungsradar und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar: 38,0%	61,43
2020	Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung]: 77,6% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung: 20,8%	11,58
2021	Boden-Überwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Boden-Überwachungsradar [Grenzsicherung]: 90,1%	1,64
2022	Bodenüberwachungsradar [Grenzüberwachung] und Teile für Bodenüberwachungsradar [Grenzüberwachung]: 67,4 % Herstellungsausrüstung für Flugzeugklimaanlagenkomponenten: 26,6 %	10,39
2023	Hubschrauber, Pilotenhelme und Teile für Kampfhubschrauber, Hubschrauber: 84,6%	66,22

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

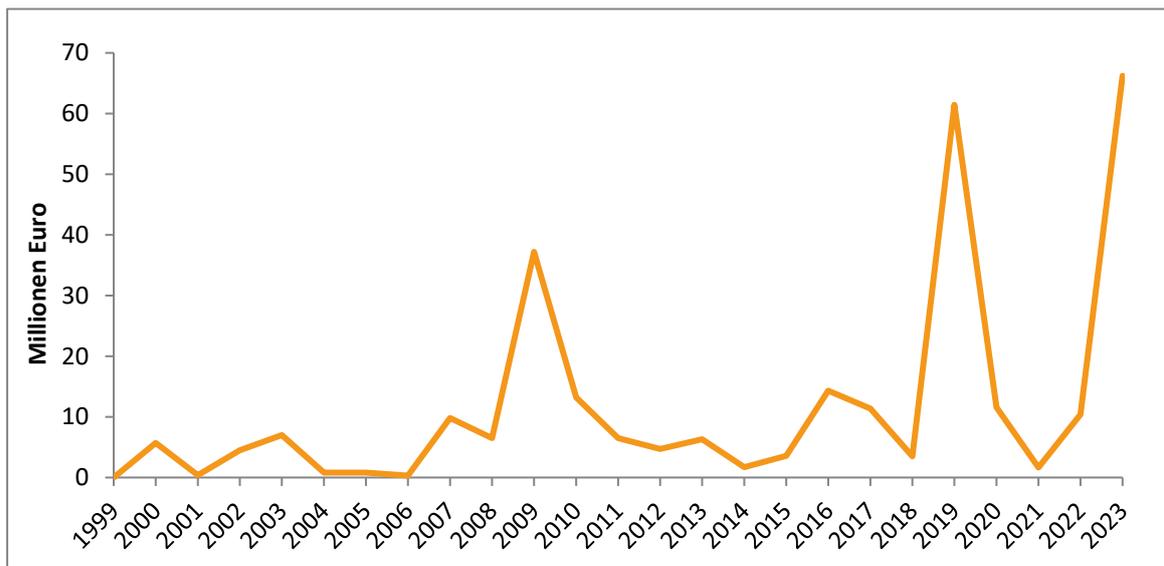
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Marokko 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
4	MTU-4000	Dieselmotor	2008	2014	4	Neuwertig
(36)		Fahrzeugmotor	2020	2022	(36)	Neuwertig
4	MAN-175D	Dieselmotor	(2021)			Neuwertig
(12)	EC135	Leichter Hubschrauber	2022	2023	(8)	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Marokko 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	48	16	52	495	461	1071

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

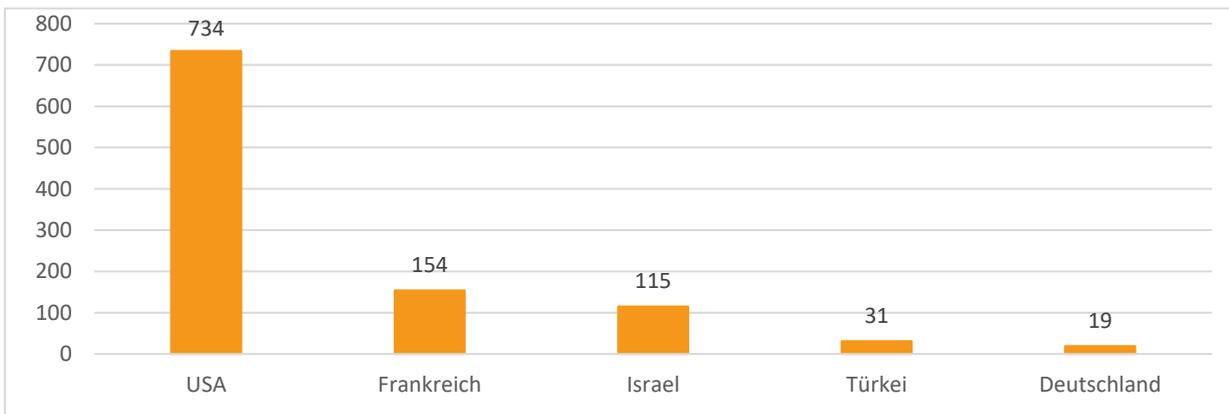
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Marokko 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	-	-	-	1	18	19

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2024) nahm Marokko zwischen 2019 und 2023 die 29. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Die Waffensysteme der marokkanischen Streitkräfte sind zum überwiegenden Teil französischer und US-amerikanischer Bauart. Die fünf wichtigsten Rüstungslieferanten der letzten fünf Jahre waren die USA, Frankreich, Israel, die Türkei und Deutschland.

Seit dem Jahr 2000 exportierte Deutschland vier MTU-4000-Dieselmotoren für eine Fregatte aus Frankreich nach Marokko und 36 Fahrzeugmotoren für von Marokko aus Frankreich importierte Selbstfahrlafetten. 2021 bestellte Marokko vier deutsche MAN-175D Dieselmotoren für Hochseepatrouillenboote aus Spanien – die Lieferung steht noch aus. 2022 orderte Marokko zwölf EC135 Hubschrauber aus Deutschland zum Training, von denen bis Ende 2023 acht Stück geliefert wurden. Die Rüstungseinfuhren Marokkos nahmen im Jahr 2011 erheblich zu. Laut SIPRI betrug die Steigerung der Waffeneinfuhren zwischen 2002-2006 und 2007-2011 443 Prozent.

Als wichtigster Rüstungslieferant Marokkos der letzten fünf Jahre exportierten die USA unter anderem BVR-Raketen, die Marokko 2017 bzw. 2018 geordert hatte. 800 von 1.200 geordneten Panzerabwehrraketen wurden zwischen 2019 und 2020 geliefert. 2019 erhielt Marokko aus den USA zwei King Air-350 ISR-Flugzeuge sowie insgesamt 181 gebrauchte, gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ M-113A3, von denen 479 weitere folgen sollen. Zwischen 2022 und 2023 importierte Marokko 162 gebrauchte, US-amerikanische M-1A1 Abrams Kampfpanzer sowie im Jahr 2022 zwei Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr (Typ Bell-4112EP Sentinel). Einige Rüstungslieferungen aus den USA stehen noch aus: So hat Marokko 24 AH-64E Apache Kampfhubschrauber, zwölf APG-78 Longbow Kampfhubschrauber und 24 F-16V Viper Kampfflugzeuge aus den USA bestellt.

Frankreich, als zweitwichtigster Rüstungslieferant im genannten Zeitraum, hat zwischen 2021 und 2022 zwei Ground Master-400 Luftraumsuchradargeräte nach Marokko exportiert. Aus Frankreich erhielt Marokko außerdem im Jahr 2022 36 CAESAR Selbstfahrlafetten, 36 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Sherpa, 100 von 200 geordneten MICA BVR-Raketen und zwei von vier bestellten VL-MICA Luftabwehrsystemen. Israel lieferte in den letzten fünf Jahren Boden-Luft-Raketen (Typ Barak-LRAD) und ein Luftabwehrsystem (Typ Barak-MX). 2021 wurde außerdem die Lieferung einer unbekanntenen Anzahl an ThunderB Drogen aus Israel beschlossen; 2023 orderte Marokko zwei Ofeq Ausklärungssatelliten aus Israel, deren Lieferung ebenfalls noch aussteht. Aus der Türkei erhielt Marokko 2021 13 bewaffnete Bayraktar TB2 Drogen.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

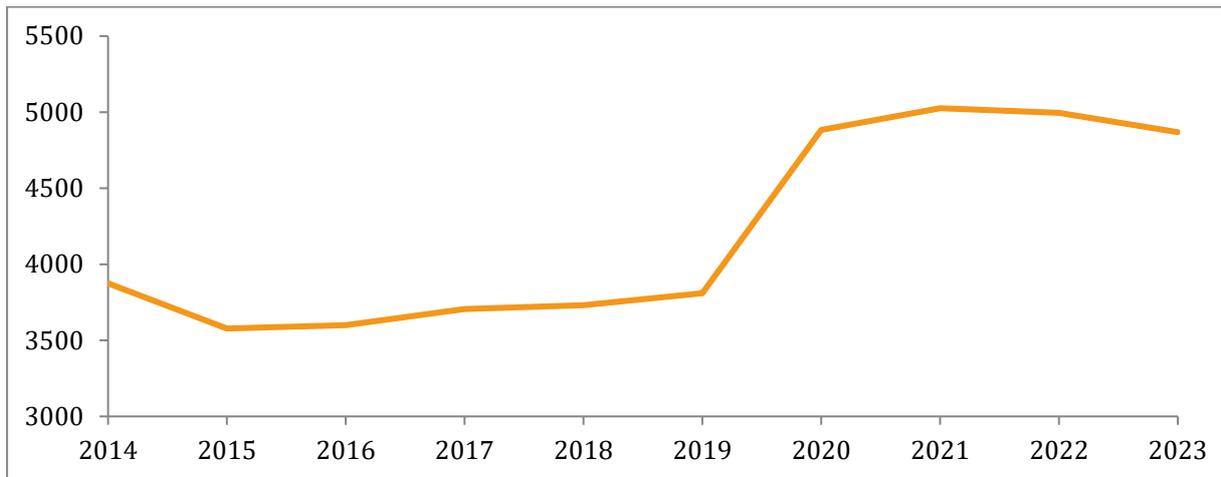
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3810	4883	5026	4995	4869
Anteil am BIP (in Prozent)	2,9	4,0	3,8	3,8	3,6

	2019	2020	2021	2022	2023
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	10,5	11,7	12,0	11,8	11,1

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

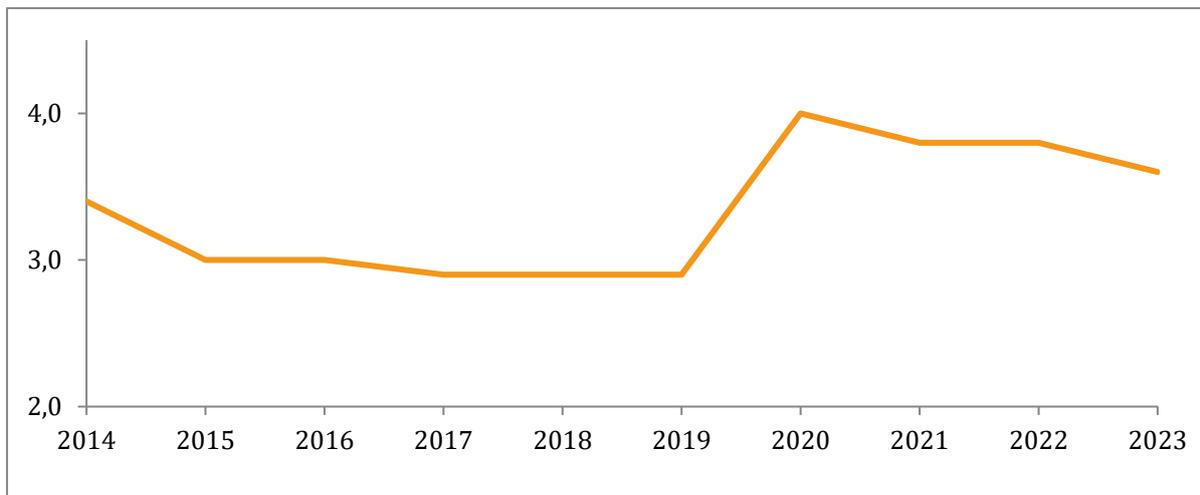
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Insgesamt verfügt Marokko über keine bedeutende eigene Rüstungsproduktion. Allerdings wird Kleinwaffenmunition in selbstständiger Produktion hergestellt und Militärlastwagen werden aus gelieferten Einzelteilen vor Ort zusammengesetzt. Die wenigen Rüstungsunternehmen sind darin bestrebt, mit europäischen, US-amerikanischen und NATO-Staaten zusammenzuarbeiten, um eigene technologische Fähigkeiten zu erlangen und Rüstungsproduktionskapazitäten aufzubauen.

Aufgrund der relativen Stabilität des Landes haben sich westliche Verteidigungsunternehmen wie Airbus, Safran oder Thales niedergelassen. Speziell für die Luft- und Raumfahrt sind so Produktions- und Serviceeinrichtungen im Land entstanden.

In einem Dekret aus dem August 2021 wurden die gesetzlichen Modalitäten für die Niederlassung ausländischer Investoren weiter vereinfacht und die zukünftige Ausgestaltung der eigenen Rüstungsindustrie festgelegt. Somit soll beispielsweise eine Investitionskommission eingerichtet und vertiefte Gespräche mit den USA hinsichtlich Technologietransfers aufgenommen werden.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 12 Monate für Männer im Alter von 19-25 Jahren

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

195.800 aktiv, davon:

Heer: 175.000

Marine: 7.800

Luftwaffe: 13.000

Reserve: 150.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 50.000, davon:

Gendarmerie Royal: 20.000

Force Auxiliaire: 30.000 (inkl. 5.000 mobile Eingreiftruppe)

Zoll/Wasserschutzpolizei: k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	195,8	195,8	195,8	195,8	195,8	195,8	195,8	195,8

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	5,6	5,6	5,5	5,4	5,4	5,3	5,3	5,2

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Zu den Aufgaben der marokkanischen Streitkräfte gehört neben dem Einsatz im Konflikt gegen die Polisario-Befreiungsfront in der Westsahara und der Abwehr von potentiellen äußeren Bedrohungen vor allem auch die Erhaltung der inneren Sicherheit und der Stabilität des königlichen Regimes. Trotz der auch nach dem Waffenstillstand von 1991 immer wieder von sporadischen Unruhen gekennzeichneten Lage in der Westsahara, blieben sowohl die Personalstärke der Streitkräfte als auch der Anteil der Militärausgaben am BIP seit 1997 relativ konstant, wobei 2020 mit 4,0 Prozent am BIP ein Höhepunkt der letzten zehn Jahre verzeichnet wurde. Marokkanische Streitkräfte beteiligen sich seit den 1990er Jahren in großer Zahl an UN-Peacekeeping-Missionen. Derzeit (Stand: Juni 2024) sind sie in der Demokratischen Republik Kongo, im Südsudan, im Sudan und in der Zentralafrikanischen Republik stationiert.

Marokko pflegt eine traditionell enge militärische Kooperation mit einigen Ländern des Westens, insbesondere mit Frankreich und den Vereinigten Staaten. So beteiligte sich das Militär auch am Golfkrieg von 1991 auf Seiten der Alliierten. Besonders in Folge der Anschläge des 11. September und des daraufhin proklamierten „Krieges gegen den Terror“ wurde die militärische Zusammenarbeit zwischen Marokko und den Vereinigten Staaten noch weiter verstärkt, was zum Beispiel bereits 2003 durch das Abhalten gemeinsamer Militärübungen zum Ausdruck kam und durch mehrere Memoranda of Understanding (bspw. 2007 und 2015) festgehalten wurde. Die USA liefern finanzielle Unterstützung („Foreign Military Financing“; FMF) sowie überschüssige Verteidigungsgüter (Excess Defense Articles; EDA). Seit 2013 wurden im Rahmen des EDA-Programms Ausrüstungsgüter im Wert von 478 Mio. US-Dollar geliefert und im Rahmen des FMF-Programms wurden seit 2012 zudem 135 Mio. US-Dollar Finanzhilfen gewährt (Stand: April 2024). Insgesamt wurden zwischen beiden Ländern Geschäfte im Wert von 8,5 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, darunter die Lieferung von 222 M1A1 Abrams-Panzer, 600 M113A3 Mannschaftstransporter und zwei C-130H Flugzeuge.

Auch mit der NATO arbeitet das Land seit 2004 eng zusammen, so wird beispielsweise eine Interoperabilität angestrebt und die Streitkräfte sollen dem NATO-Standard angepasst werden. 2016 wurde Marokko Zugang zu Interoperabilitätsplattformen der NATO gewährt, auch um bei der Annäherung der Streitkräfte an NATO-Standards zu helfen. Hierzu unterzeichnete Marokko auch eine zehnjährige Kooperations-Roadmap mit den USA.

Erst 2006 per Dekret des Palastes abgeschafft, wurde im August 2018 ein Gesetzentwurf des Ministerrates zur Wiedereinführung der Wehrpflicht verabschiedet. Seit Anfang 2019 sollen alle Männer zwischen 19 und 25 Jahren zwölf Monate im Militär dienen. Neben der Bekämpfung soziökonomischer Probleme (wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit) soll durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht aber auch das aktuelle Truppenkontingent aufgestockt werden, um die militärische Präsenz in der Westsahara zu vergrößern.

Die Streitkräfte haben einige Erfahrung aus UN-Friedenseinsätzen, aber auch durch die Beteiligung am Bürgerkrieg im Jemen. So unterstützten sie die saudi-arabisch geführte Koalition von 2015 bis Anfang 2019 mit Kampfflugzeugen. Sie nehmen regelmäßig an multinationalen Übungen, bspw. African Lion, teil.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	903	Davon ca. 200 eingelagert
Leichte Panzer	111	Alle eingelagert
Schützenpanzer	238	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1.225	
Aufklärer	284	
Bergepanzer	Mehr als 85	
Artillerie	2.384	
Panzerabwehr	466	Zusätzlich einige tragbare Panzerabwehr- lenkwaffensysteme, darunter AT-3 Sagger, M47 Dragon, Milan, TOW
Luftabwehr	Mehr als 469	
Drohnen	Einige	Aufklärungsdrohnen (R4E-50 Skyeeye)

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Das marokkanische Heer ist technisch unterschiedlich ausgestattet und wie auch andere Teilstreitkräfte modernisierungsbedürftig. Während weiterhin einige veraltete russische Panzer des Typs T-72 im Einsatz sind und als Kern der sogenannten „russischen Brigade“ gelten, verfügt das marokkanische Heer ebenfalls über verschiedene Varianten des US-amerikanischen M-60A Kampfpanzers. Durch die Lieferung von 13 M-113 und 20 weiteren gepanzerten Mannschaftstransportern und Schützenpanzern aus Belgien konnte Marokko das Heer weiter modernisieren. Der Kauf 222 generalüberholter US-amerikanischer Panzer des Typs M1A1 Abrams SA (Special Armor) im Jahr 2015 sowie chinesischer Panzer soll es dem Land ermöglichen, einige der russischen T-72 oder M60A1 sowie der veralteten M48A5 auszumustern. Bis jetzt ist dies in Teilen geschehen. 2018 bestellte das Land weitere 162 M1A1 Panzer, von denen seit 2021 die ersten 106 geliefert wurden.

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	4	
Patrouillenboote	52	
Davon Korvetten	3	
Amphibienfahrzeuge	5	
Logistik und Unterstützung	7	

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Box 2**Weitere Marineeinheiten**

Marineflieger:

2 Seefernaufklärer

2 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

3 Mehrzweckhubschrauber

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Im Jahr 2008 wurde bekannt, dass die marokkanische Marine ihre Bestände um vier weitere Fregatten erweitern wird. Zwei SIGMA-90 Fregatten aus den Niederlanden wurden Ende 2011 und im März 2012 bereits ausgeliefert. Die dritte Fregatte (SIGMA-105) durchlief zahlreiche Tests und wurde im September 2012 der marokkanischen Marine übergeben. Eine Fregatte des Typs FREMM des französischen Herstellers DCNS, für die Marokko 2014 vier Dieselmotoren aus Deutschland bezog, ist Ende 2013 in Dienst der Marine gestellt worden. Derzeit sind vier Fregatten im Einsatz. Auf den 676 Millionen US-Dollar teuren Vertrag einigten sich Marokko und DCNS bereits 2008. Damit gehört die marokkanische Marine zu den leistungsfähigsten Seestreitkräften in Afrika. 2020 lieferte Spanien ein Offshore-Patrouillenboot, 2021 wurden weitere bei dem spanischen Unternehmen Navantia geordert.

Marokko ist darüber hinaus an der Beschaffung von U-Booten interessiert. Innerhalb der Streitkräfte und des Königshauses gab es auch Überlegungen, für etwa 500 Millionen US-Dollar ein deutsches U-Boot der Klasse 209/1100 zu beschaffen. 2016 interessierte sich Marokko allerdings auch für die Amur-1650 U-Boote aus Russland. Außerdem hat die marokkanische Marine Interesse an gebrauchten griechischen U-Booten signalisiert.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	22	
Jagdbomber	48	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	1	
Ausbildungsflugzeuge	80	Davon 19 kampffähig
Transportflugzeuge	47	Davon 11 Passagierflugzeuge, 2 zur elektronischen Kriegsführung und 2 VIP
Tank- und Transportflugzeuge	2	
Mehrzweckhubschrauber	25	Davon 19 kampffähig
Transporthubschrauber	70	
Drohnen	Mehr als 4	Aufklärungs- und Kampfdrohnen (Heron, Hermes 900, Wing Loong II, Bayraktar TB2)
Raketen	Einige	u. a. R-550 Magic; AIM-9X Sidewinder, AIM-120 AMRAAM und AASM

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Marokko bemüht sich um die Modernisierung seiner Luftwaffe; nicht zuletzt, um einer absoluten militärischen Überlegenheit der algerischen Streitkräfte vorzubeugen. So hat es 2008 Verträge abgeschlossen, um seine Mirage F1 aufzurüsten und alle Puma Helikopter zu modernisieren. Marokko hat im Rahmen des Foreign Military Sale-Programms 24 Lockheed Martin Block 52+ F-16 Multifunktions-Jäger erworben, die unter anderem mit dem modernen Luftaufklärungssystem DB-110 ausgestattet sind. Die letzten drei der 24 F-16 Jets wurden im August 2012 geliefert. Sechs dieser F-16 Jagdbomber waren von März 2015 an den Luftangriffen der saudisch-geführten Militärkoalition gegen die Huthi-Rebell:innen im Jemen im Einsatz. Vor dem Hintergrund der erneut zunehmenden Spannungen mit der Polisario-Bewegung in der Westsahara wurden diese im April 2018 zurückgezogen. 2020 wurde der Waffenstillstand aufgekündigt.

Durch den bereits vertraglich vereinbarten Kauf von 24 neuen Apache-Kampfhubschraubern aus den USA (Option auf zwölf weitere Fluggeräte) werden die Interoperabilität mit den USA sowie die Fähigkeit der marokkanischen Luftwaffe zur Luftnahunterstützung und bewaffneten (fliegerischen) Eskorte wesentlich verstärkt.

Box 3***Paramilitärische Einheiten****Gendarmerie Royal:**15 Patrouillenboote**12 Transportflugzeuge**2 Ausbildungsflugzeuge**14 Mehrzweckhubschrauber**25 Transporthubschrauber**Force Auxiliaire:**36 Patrouillenboote**Quelle: IISS Military Balance 2024***Box 4*****Peacekeeping****Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 925 Soldat:innen**Sudan (UNISFA): 6 Soldat:innen**Südsudan (UNMISS): 3 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 781 Soldat:innen**Quelle: IISS Military Balance 2024***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Ähnlich wie algerische und tunesische Streitkräfte ist auch das marokkanische Militär von der Tendenz her pro-westlich und anti-islamistisch eingestellt. Der König ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte und Chef des Generalstabs. Sowohl der umfangreiche interne Sicherheitsapparat als auch das Militär selbst sind prinzipiell eng mit dem Königshaus verbunden. In der Vergangenheit gab es jedoch auch einige Fälle von Disloyalität. 1972 wurde General Muhammad Oufkir beschuldigt, an der Planung eines Attentats gegen den damaligen König Hasan beteiligt gewesen zu sein. Kurze Zeit später starb er unter mysteriösen Umständen. Von offizieller Seite hieß es, er hätte „Selbstmord“ begangen. Eine ähnliche Geschichte wiederholte sich zehn Jahre später, als der äußerst beliebte General Ahmed Dlimi bei einem, Berichten zufolge, inszenierten Autounfall ums Leben kam. Auch Dlimi wurde verdächtigt, den König stürzen zu wollen. Seitdem ist es marokkanischen Generäl:innen verboten, einen Personenkult um sich aufzubauen, der dem König in seiner Machtposition gefährlich werden könnte. Auch in den letzten Jahren gab es Gerüchte über wachsende Unzufriedenheit in den Streitkräften, vor allem im jüngeren Offizierskorps. Im Oktober 2002 gelangte das Kommuniqué eines anonymen „Komitee Freier Offiziere“ an die Öffentlichkeit, welches die obere Führungsebene des Militärs und das Königshaus scharf kritisierte. Neben den sich verschlechternden Lebensbedingungen von Militärpersonal wurden darin besonders die grassierende Korruption innerhalb des Militärapparates sowie die fehlende politische Bereitschaft, diese wirkungsvoll zu bekämpfen, angegriffen. Es ist allerdings unklar, inwiefern das

Dokument tatsächlich als authentisch eingestuft werden kann bzw. ob die darin vertretenen Kritikpunkte auf einer breiten Basis der Unzufriedenheit in den Streitkräften fußen. Zwei Jahre zuvor war ein Hauptmann von einem Militärgericht zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden, weil er korrupte Offizier:innen in der Öffentlichkeit beschuldigt hatte.

Seit den 1970er Jahren wurde die politische Macht des Militärs, etwa durch den Aufbau paralleler Sicherheitsinstitutionen und die Umverteilung materieller Anreize bzw. wirtschaftlicher Privilegien, stark eingeschränkt. Doch auch wenn das Vertrauen in den König in den letzten Jahren abgenommen hat, ist das Vertrauen der Bevölkerung in das Militär in Marokko sehr hoch. So äußerten 77,3 Prozent der Befragten des [Arab Barometer](#) (Befragungszeitraum 2021-2022) dem Militär überwiegend bzw. stark zu vertrauen. Dieses Grundvertrauen zeigte sich auch im Laufe der Coronapandemie. So löste der Einsatz des Militärs und gepanzerter Fahrzeuge zur unterstützenden Durchsetzung der nächtlichen Ausgangssperre keine Panik aus, sondern wurde von einer großen Anzahl der Bürger:innen sogar begrüßt. Das Militär innerhalb der Sicherheitspatrouillen waren dabei der Polizei und der Feuerwehr untergeordnet. Auch die aktive militärische Unterstützung des zivilen Gesundheitssektors, etwa durch die Bereitstellung von Feld- und Militärkrankenhäusern zur zivilen Nutzung und die Durchführung medizinischer Forschungs- und Produktionsaufgaben (etwa durch die Produktion medizinischer Masken), dürften das Ansehen gestärkt haben. Auch jüngere Ergebnisse des [Afrobarometers](#) (2023) weisen auf ein sehr großes Vertrauen in die Sicherheitskräfte hin (72 %).

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Im ländlichen Raum nimmt die Gendarmerie Nationale mit einer Stärke von rund 20.000 Personen die Polizeitätigkeiten wahr. Diese ist dem Verteidigungsministerium unterstellt. Im urbanen Bereich hingegen ist die Sûreté Nationale (oder auch „General Directorate for National Security; DGSN) für die öffentliche Ordnung verantwortlich. Sie hatte 2007 eine Stärke von rund 47.000 Personen, 2021 soll der Personalumfang bei 78.146 (davon fast 6.000 Frauen) gelegen haben. Sie ist dem Innenministerium unterstellt.

Sie stellt außerdem den Grenzschutz sowie mehrere Nachrichtendienste, wie zum Beispiel den Direction générale de la surveillance du territoire (DGST), der für klassische Geheimdiensttätigkeiten und Aufklärung zuständig ist, aber auch eine relevante Rolle im Konflikt um

Westsahara einnimmt. Nach dem Terroranschlag 2003 in Casablanca begann unter Federführung des DGST eine Reihe von Operationen, um militante Zellen niederzuschlagen. Für Gegenspionage ist der Direction Générale des Etudes et de la Documentation (DGED) zuständig. In der DGSN ist ebenso die Schnelle Eingreiftruppe Groupes d'intervention rapide konzentriert, die auch bei Demonstrationen eingesetzt wird. Zusätzlich können auch die Forces Auxiliaires Marocaines bei Bedarf mit polizeilichen Aufgaben bedacht werden. Diese 30.000 Soldat:innen umfassende Truppe (inkl. einer 5.000 Personenstarken Mobilen Interventions-truppe) kann sowohl vom Militär wie auch von der Gendarmerie oder von der Polizei zur Unterstützung herangezogen werden. Obwohl Sie als militärische Einheit gelten, unterstehen Sie dem Innenministerium.

Einen Sonderstatus nimmt die marokkanische königliche Garde ein, welche zwar offiziell Teil der marokkanischen Streitkräfte ist aber dem direkten Befehl der königlichen Familie untersteht. Ihr Auftrag ist der Schutz der königlichen Familie und des:der König:in, solange sich diese:r in Marokko aufhält. In der Vergangenheit gab es immer wieder Zweifel an der Loyalität des Militärs gegenüber dem:der König:in. Die königliche Garde ist daher einerseits ein Garant der Herrschaft, andererseits ein Instrument zur Kontrolle des Militärs. Sie hat eine Stärke von 1.500 Soldat:innen und ist zum Teil mit Maschinenpistolen des Typs MP5 von Heckler & Koch ausgestattet.

Im [Amnesty Bericht 2022/23](#) sind gewaltsame Übergriffe der marokkanischen Polizei gegenüber Demonstrat:innen verzeichnet. Im März und April setzten Polizist:innen beispielsweise körperliche und sexualisierte Gewalt gegenüber zwölf sahraischen Aktivistinnen ein.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Marokko ist den meisten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Erwähnenswerte Ausnahmen bleiben die Anti-Personenminen-Konvention von 1997 und das Übereinkommen über Streumunition von 2010. Als Begründung für den Nicht-Beitritt zum Ottawa Vertrag werden von Seiten Marokkos „Sicherheitsbedenken“ im konfliktreichen Süden des Landes angegeben. Anti-Personenminen wurden von Marokko in der Vergangenheit weder produziert noch exportiert. Angeblich hat Marokko seit 2000 auch keine Anti-Personenminen mehr importiert. Daneben hat Marokko den Pelindaba Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) zwar bereits 1996 unterzeichnet, die Ratifikation fand jedoch erst im Jahr 2022 statt. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat Marokko bisher ebenfalls nicht unterzeichnet.

Gegen Marokko sind derzeit weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Morocco during the year.

Siehe Report 2022:

Morocco is a constitutional monarchy with a parliamentary system under which ultimate authority rests with King Mohammed VI, who presides over the Council of Ministers, although executive authority is shared with Head of Government Aziz Akhannouch. According to the constitution, the king appoints the head of government from the political party with the most seats in parliament and approves members of the government nominated by the head of government. Parliamentary elections were held in September 2021, and observers characterized them as well organized and conducted without significant problems or irregularities. The security apparatus includes several police and paramilitary organizations with overlapping authority. The national police force manages internal law enforcement in cities and reports to the Ministry of Interior. The Auxiliary Forces also report to the Ministry of Interior and support gendarmes (armed police) and other police. The Royal Gendarmerie, which reports to the Administration of National Defense, is responsible for law enforcement in rural regions and on national highways. The judicial police (investigative) branches of both the Royal Gendarmerie and the National Police report to the royal prosecutor and have the power to arrest individuals. Civilian authorities maintained effective control over security forces. There were reports that members of the security forces committed some abuses. Morocco claims sovereignty over the territory of Western Sahara and controls approximately 80 percent of the territory. The Popular Front for the Liberation of Saguia el Hamra and Rio de Oro (also known as the POLISARIO) disputes Morocco's claim to sovereignty and seeks independence for Western Sahara. Moroccan and POLISARIO forces fought intermittently from 1975, when Spain relinquished colonial authority over the territory, until a 1991 cease-fire and the establishment of a UN peacekeeping mission. The POLISARIO withdrew from the cease-fire in November 2020, and since then there have been reports of intermittent indirect fire between Morocco's Royal Armed Forces and POLISARIO fighters across the 1,700-mile separation barriers (the "berm"). The UN Mission for the Referendum in Western Sahara mandate was renewed on October 27. Significant human rights issues included credible reports of: torture or

cruel, inhuman, or degrading treatment by some members of the security forces; political prisoners; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious restrictions on free expression and media, including unjustified arrests or prosecutions of journalists; censorship and enforcement of or threat to enforce criminal libel to limit expression; substantial interference with the freedom of assembly and freedom of association; serious government corruption; lack of investigation of and accountability for gender-based violence; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and the enforcement of laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults. The government took steps to investigate officials who allegedly committed human rights abuses and acts of corruption, but investigations into police, security force, and detention center abuses lacked transparency and frequently encountered long delays and procedural obstacles that contributed to impunity.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/morocco>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Authorities convicted at least six individuals, including activists, journalists and a lawyer, for peacefully exercising their right to freedom of expression. They also sporadically repressed dissent in Western Sahara. Authorities tortured and otherwise ill-treated some individuals perceived as critics. Domestic legislation continued to entrench gender inequality and criminalize consensual adult same-sex sexual conduct and abortion. Impunity prevailed regarding the death of at least 37 migrants and the disappearance of 76 who were attempting to cross the border between Morocco and the Spanish enclave of Melilla on 24 June 2022. Authorities convicted at least six individuals, including activists, journalists and a lawyer, for peacefully exercising their right to freedom of expression. They also sporadically repressed dissent in Western Sahara. Authorities tortured and otherwise ill-treated some individuals perceived as critics. Domestic legislation continued to entrench gender inequality and criminalize consensual adult same-sex sexual conduct and abortion. Impunity prevailed regarding the death of at least 37 migrants and the disappearance of 76 who were attempting to cross the border between Morocco and the Spanish enclave of Melilla on 24 June 2022.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Marokko auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 24/60

Politische Rechte: 13/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (37/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Anmerkung: Die oben aufgeführten Zahlen und der Status spiegeln nicht die Bedingungen in der Westsahara wider, die in einem separaten Bericht untersucht wird.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

The numerical scores and status listed above do not reflect conditions in Western Sahara. It is examined in a separate report. Morocco claims sovereignty over the territory, while the United Nations considers it to be a "non-self-governing territory." Freedom in the World reports assess the level of political rights and civil liberties in a given geographical area, regardless of whether they are affected by the state, nonstate actors, or foreign powers. Disputed territories are sometimes assessed separately if they meet certain criteria, including boundaries that are sufficiently stable to allow year-on-year comparisons.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/morocco/freedom-world/2024>

Kommentar

Marokko ist allen relevanten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten, so seit April 2022 auch dem Fakultativprotokoll zur Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW). Seit der Übernahme des Thrones durch Mohammed VI. im Jahr 1999 hat sich die Menschenrechtssituation insgesamt verbessert, insbesondere bezüglich der Frauenrechte. Genau wie in Algerien und Tunesien wurden auch in Marokko in Folge des 11. September Anti-Terrorismus-Gesetze erlassen, die einige Grundfreiheiten beschneiden. Gerade im Vergleich zu den Nachbarländern Marokkos erscheint die Menschenrechtssituation besser. Dies spiegelt sich auch in den eher ruhigen und gemäßigten Protesten wider, die primär als Reaktion auf die demokratischen und wirtschaftlichen Missstände gesehen werden können.

Laut Human Rights Watch (2024) und Amnesty International (2024) ist aber insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt. Besonders in Bezug politischen Dissens rund um die Westsahara sowie in Bezug auf öffentlich gemachte Übergriffe durch Sicherheitskräfte werden Aktivist:innen und Journalist:innen in teils unfairen Prozessen verurteilt. Im Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen belegt Marokko derzeit (2024) lediglich den 129. von 180 Plätzen. Auch vereinzelte Fälle von Folter in Polizeigewahrsam sowie unter Folter entstandene Geständnisse wurden demnach dokumentiert. Hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und LGBTQIA+-Rechten ist die nationale Gesetzgebung zudem nach wie vor diskriminierend. Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen drohen bei Verurteilung 3 Monate bis 3 Jahre Haft oder Strafzahlungen zwischen 120 und 1,000 Dirhams (in US\$10 bis \$110). Im Zusammenhang mit dem Verschwinden von 76 Personen und dem Tod von 37 Migrant:innen bei Grenzübertritten zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla (im Juni 2022) herrscht nach wie vor Straffreiheit. Der Vorfall wird von marokkanischen Behörden nicht aufgeklärt.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In 2021, a decade after the February 20, 2011, uprisings, the monarchy consolidated its centrality in Morocco's political system. Based on an amended electoral system that abolished the prior 3% threshold, the 2021 legislative elections witnessed the emergence of the National Rally of Independents (RNI) as the country's largest political party, trailed by the Party of Authenticity and Modernity (PAM) and the Istiqlal Party (PI). The coalition formed between these three parties signified the reinstatement of technocrats in parliament. Meanwhile, the Islamist Party of Justice and Development (PJD), which had held power between 2011 and 2021, lost 90% of its seats. The rise to power of pro-palace parties and the lack of a powerful opposition have further narrowed Morocco's political landscape, with the palace consolidating its hold on power. The king rules and governs; his directives constitute a road map for the government in terms of economic and social policies. The current government has pledged to lay the foundations for the New Development Model, which was launched by the king in 2020. The monarchy continues to push ahead with its agenda of top-down reforms, further marginalizing elected parties and officials. Throughout 2021 and 2022, the space for criticism and opposition diminished. Moroccan authorities' strategy of suppressing dissent and intimidating individuals encompasses unfair trials, harassment and smear campaigns spread by state-aligned media. The authorities also target the relatives of dissidents and fabricate charges of libel, rape, money laundering and espionage. The role of the secret services (DGED) has dramatically increased. The DGED was accused of playing a major role in the European Parliament corruption scandal in December 2022. The accusations include lobbying efforts and corrupting members of the European Parliament in recent years. [...]

Protests continue to break out, expressing concerns about the skyrocketing prices of goods and essential commodities, and denouncing repression and the collusion of business and politics. The current government has faced protests and critical social media campaigns since its first weeks in power, indicating a lack of both credibility and legitimacy. Through protests, citizens express their grievances and their willingness to circumvent political parties they perceive as co-opted and out of touch with the people.

The review period was also marked by a more aggressive and confrontational foreign policy approach. Tensions rose with Spain and Germany regarding their positions on Western Sahara. In 2021, Morocco decided to suspend diplomatic relations with Germany following Berlin's disapproval of former U.S. President Donald Trump's decision to recognize Moroccan sovereignty over the disputed territory. In the same year, diplomatic tensions with Madrid grew following the secret admission of the Polisario Front leader, Brahim Ghali, to a hospital in Spain. After months of unprecedented political disputes, Rabat resumed diplomatic relations with Berlin and Madrid following their endorsement of Morocco's plan for autonomy in the Western Sahara. Over the past few years, Morocco has strengthened cooperation with Western African countries and the Sahel and is currently pursuing new partnerships with China, India, Brazil, Israel and Russia

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/MAR>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt

wurden, erzielte Marokko 38 von 100 möglichen Punkten (2022: 38 Punkte). Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: [2023 Corruption Perceptions Index: Explore the... - Transparency.org](#)

Spannungen und innere Konflikte

Westsahara-Konflikt

Schon als die Westsahara noch spanische Kolonie war, forderte der marokkanische König Hassan II im Rahmen seiner Bestrebungen zur Errichtung eines „Groß-Marokko“ den Anschluss der Westsahara. Nach dem Abzug der spanischen Truppen 1975/1976 kam es trotz algerischer Proteste und der Unabhängigkeitsforderung der Vereinten Nationen zu einer Teilung der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien. Kurz darauf nahm die Polisario-Bewegung den Kampf um Unabhängigkeit auf. Kurzfristig griffen auch algerische Truppen in die Kämpfe ein; Algerien trat zum Teil aus ideologischen Gründen für das Selbstbestimmungsrecht der Westsahara ein, wohl aber mehr noch, um einen Machtzuwachs des konservativen Marokko zu verhindern. Außerdem erhielt die Polisario bis zur Annäherung zwischen Libyen und Marokko im Jahre 1984 libysche Unterstützung. 1979 wurde ein Friedensvertrag zwischen der Polisario und Mauretanien geschlossen. Daraufhin besetzte allerdings Marokko auch den mauretanischen Teil der Westsahara. 1981 erklärte sich Marokko prinzipiell bereit, ein Referendum in der Westsahara durchzuführen. 1988 wurde ein Friedensplan der Vereinten Nationen von beiden Seiten akzeptiert. Seitdem gab es nur noch sporadische Gefechte kleineren Ausmaßes. Am 6. September 1991 kam es zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes. Die Intensität der bewaffneten Auseinandersetzungen sank danach unter die Kriegsschwelle. Nach Angaben der Polisario gab es 24.000 Tote, andere Quellen sprechen von mehr als 10.000 Toten. Eine endgültige Lösung der Konfliktsache mittels eines Referendums steht noch aus, da sich die Konfliktparteien nicht auf den zur Stimmabgabe berechtigten Personenkreis einigen können. Im Juli 2003 stimmte der UN-Sicherheitsrat einem neuen Plan für den Status der Westsahara zu. Er sieht vor, dass das umstrittene Gebiet für einen Übergangszeitraum von vier bis fünf Jahren den Status einer autonomen Provinz Marokkos erhält. Danach soll per Referendum entschieden werden, ob die Westsahara unabhängig wird, als semi-autonome Provinz weiter besteht oder Marokko zugeschlagen wird. Bis heute ist es nicht zu einem Referendum gekommen, da insbesondere das marokkanische Königshaus immer wieder in den politischen Prozess intervenierte. Während es Ende 2010 erneut zu Zwischenfällen kam, in denen Demonstrant:innen aus Westsahara auf ihre katastrophalen Lebensbedingungen aufmerksam machen wollten, beschuldigte Marokkos Regierung den algerischen Geheimdienst, den Aufstand finanziell zu unterstützen. Im Juni 2011 kam es erneut zu Gesprächen zwischen den Konfliktparteien, die jedoch kein Ergebnis erzielen konnten. Zentraler Konfliktgegenstand bleibt der rechtliche Status des Gebiets: Während Marokko auf eine Autonomielösung pocht (marokkanischer Autonomieplan 2007), verlangt Polisario ein Referendum über den endgültigen Status, der das Recht auf Selbstbestimmung der Saharuis (maurische Ethnie in der Westsahara) festschreibt.

Im Jahr 2020 scheiterte der Waffenstillstand aus dem Jahr 1991, der neben einer Pufferzone auch eine Überwachung des Waffenstillstands durch die UN-Mission MINURSO vorsah. Rabat schaffte es jüngst, eine Reihe arabischer und afrikanischer (sowie weiterer, auch „westlicher“) Staaten davon zu überzeugen, den marokkanischen Anspruch anzuerkennen und offizielle diplomatische Vertretungen in der Westsahara zu eröffnen. Zudem blockierte

Polisario eine wichtige Route, welche Marokko durch ein Eingreifen in dem Gebiet der Pufferzone zu unterbinden versuchte. Überbleibsel der inzwischen weitestgehend demobilisierten Polisario nahmen daraufhin den Kampf wieder auf und auch die marokkanischen Streitkräfte schlugen seither mehrmals militärisch zu. Unter anderem sollen sie dabei, laut Atlantic Council (2023), auch algerische und mauretanische zivile Konvois getroffen haben. Der Konflikt scheint somit wieder in eine heißere Phase einzutreten und birgt womöglich ein größeres Eskalationspotenzial, das auch der 2021 eingesetzte UN-Sonderbeauftragte, Staffan de Mistura, bisher nicht entschärften konnte. Andere Kommentatoren, wie USIP (2024), sehen in den neuen Entwicklungen aber auch ein baldiges Ende des Konfliktes, da es der Unabhängigkeitsbewegung an Kraft fehle und sie sich daher mit einer Verhandlungslösung bzw. der Autonomielösung begnügen müssten.

Konflikte um die Rif

Ebenfalls auf die Kolonialgeschichte zurück gehen die Konflikte zwischen den Rif, einer tamazightsprachigen Bevölkerungsgruppe aus dem nördlichen Marokko, und der Zentralregierung um König Mohammed VI. Unter der Führung des Emirs Abd al-Karim erhoben sich die Rif zwischen 1921 und 1926 wiederholt gegen die spanische und die französische Kolonialmacht in Marokko. Angesichts früherer Erfolge wurde 1923 die sog. Rif-Republik ausgerufen, welche aber nach einer gemeinsamen Intervention Frankreichs und Spaniens wieder in spanisches Kolonialgebiet eingegliedert wurde. Seit dieser Zeit bestehen jedoch Unabhängigkeitstendenzen im Norden. Ein gespanntes Verhältnis zwischen Königshaus und Rif entwickelte sich nach der Unabhängigkeit 1956. Seitdem kämpft der Norden, wie auch andere Teile Marokkos gegen seine Marginalisierung. Im Jahr Februar 2011 wurde Marokko von der Protestwelle des sog. Arabischen Frühling erfasst. Gruppen wie *Freiheit und Demokratie, jetzt* forderten eine Verfassungsreform und ein Ende der sozialen Missstände in Marokko – allen voran die hohe Jugendarbeitslosigkeit und damit einhergehende Perspektivlosigkeit. Im Vergleich zu Tunesien und Ägypten blieben die Proteste jedoch relativ klein. Reformen wurden relativ früh eingeleitet, sodass diese als *thaura silmiyya* (Sanfte Revolution) in die Geschichte Marokkos eingingen. Eine Verfassungsreform schränkte die Rechte des:der Monarch:in weiter ein und erhob die Sprache Tamazight neben dem Arabischen zu einer Amtssprache, was zur Versöhnung mit dem Norden beitrug. Im Sommer 2016 kam es jedoch zur Gründung der Protestbewegung "Hirak ash-shabi bil-Rif" (Volksbewegung des Rif) und zu Massenprotesten, nachdem der junge Fischhändler Mohsen Fikri bei einer Polizeikontrolle ums Leben kam. Ähnlich wie 2010 in Tunesien, wurde der Tod Fikiris, zu einem Auslöser von Protesten, welche sich gegen Korruption und Polizeiwilkkür und für ein Leben in Würde richteten. Fikri kam ums Leben, nachdem Polizisten seine Waren beschlagnahmt und in einem Kühlcontainer entsorgt hatten. Um seine Waren und seinen Lebensunterhalt zu sichern, kletterte Fikri in den Container und wurde dort von der Zerkleinerungsautomatik zerquetscht. Wie 5 Jahre zuvor richtete sich die Bewegung vor allem gegen soziale Missstände, Arbeitslosigkeit, Polizeiwilkkür und Korruption und forderte ein Leben in Würde für die Bewohner:innen des ländlichen Raumes. Während die Proteste im Norden große Zustimmung fanden, wurden sie Seitens der Regierung aufgrund der Geschichte der Rif als Separatismus bewertet und verurteilt. Es folgte eine großangelegte Verhaftungswelle im Jahr 2017, welche ein Ende der Proteste bedeutete. Viele der Aktivist:innen wurden anschließend von König Mohammed VI begnadigt. Zentrale Führer:innen wurden jedoch 2018 zu teils drastischen Strafen verurteilt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Ohne die besetzten Gebiete in der Westsahara umfasst das marokkanische Staatsgebiet 459.000 km². Marokko grenzt im Süden an die Westsahara, im Osten an Algerien, im Norden an das Mittelmeer und im Westen an den Atlantischen Ozean.

Politische Situation in der Region

Im Februar 1989 gründete Marokko zusammen mit Tunesien, Libyen und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA-Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter und seit 2008 keine Treffen von hochrangigen Politiker:innen mehr. Zuletzt wurde ein geplanter Gipfel in Algerien im Dezember 2003 auf unbestimmte Zeit verschoben. Im Mai 2011 haben Tunesien und Marokko einen Vertrag über eine engere Kooperation im Verteidigungsbereich unterzeichnet, der u.a. engere Beziehungen zwischen militärischen Ausbildungsstätten, einen intensiveren Austausch wichtiger Informationen und gemeinsame Ausbildung vorsieht. Das Verhältnis zwischen Marokko und Algerien ist aber nach wie vor angespannt und verschlechterte sich zuletzt (seit 2020, im Zusammenhang mit dem Westsahara-Konflikt, siehe vorherigen Kommentar) sogar so enorm, dass einige Kommentatoren, wie das IISS (2023), einen Krieg zwischen beiden Ländern nicht gänzlich ausschließen – andere diagnostizieren zumindest ein enormes gegenseitiges Aufrüsten.

Marokko war von den politischen Unruhen des sogenannten „arabischen Frühlings“ 2011 betroffen. Die Unruhen und Proteste, deren Forderung politische Reformen und mehr Demokratie waren, hielten noch eine ganze Zeit lang an, wenn auch nur noch sporadisch. Zwar hat das Königshaus Reformen zugebilligt, diese erwiesen sich jedoch weitestgehend kosmetischer Natur. Die Forderungen der Demonstrant:innen wurden entsprechend nur insoweit erfüllt, als dass der politische Status Quo erhalten werden konnte. Gleichzeitig gilt die Monarchie im Land als Stabilitätsfaktor. Der König wacht im Verständnis vieler Marokkaner:innen über ein ethnisch und kulturell sehr heterogenes Land. Er gilt traditionell als Identitätsstiftend und als Garant der Stabilität und Einheit Marokkos. Das kam insbesondere in der Kolonialzeit zum Tragen.

Das Verhältnis Marokkos zu seinem nördlichen Nachbarn Spanien entwickelt sich nach spannungsreichen Jahren insgesamt positiv. Nachdem der Konflikt um die unbewohnte Insel Perejil unmittelbar vor der Küste Marokkos 2002 beigelegt wurde, häuften sich in der Vergangenheit positive Signale, die zu einer Verbesserung der Beziehungen beitrugen. Besonders die Tatsache, dass der damalige spanische Premierminister Zapatero seine erste Auslandsreise 2004 nach Marokko unternahm, wurde als Zeichen einer Politikänderung

aufgefasst. In strittigen Fragen wie beispielsweise dem Drogenhandel oder auch der illegalen Einwanderung wurden immer wieder Fortschritte erzielt, wobei es auch immer wieder zu teils heftigen Spannungen kam. So lockerte Marokko im April [2021](#) bspw. die Grenzkontrollen nach Ceuta für 10.000 Migrant:innen aufgrund einer Entscheidung Spaniens, den Führer der Polisario-Front in einem spanischen Krankenhaus wegen Covid-19 zu behandeln zu lassen. Mit der Anerkennung des marokkanischen Anspruchs über die Westsahara durch Spanien wurde das positive Verhältnis seitens Spanien zementiert.

Marokko ist Mitglied der Sonderausschüsse der Arabischen Liga zum Libanon und zu den Palästinensischen Gebieten. König Mohammed VI. hat von seinem Vater Hassan II. den Vorsitz des Jerusalem-Ausschusses (Al-Qods) der Organisation der Konferenz islamischer Staaten (OIC) übernommen. Im Juli 2016 gab dieser ebenfalls bekannt, dass Marokko eine Wiederaufnahme in die Afrikanische Union (AU) anstrebt. Marokko hatte im Jahr 1984 die AU-Vorgängerorganisation Organisation für Afrikanische Einheit aus Protest gegen die Aufnahme der Westsahara als Mitglied verlassen. Die marokkanische Nationalversammlung votierte im Januar 2017 für eine solche Rückkehr. Sie wurde noch auf dem nächsten AU-Gipfel in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba Ende Januar 2017 vollzogen.

Marokko hat ein besonders enges Verhältnis zur ehemaligen Protektoratsmacht Frankreich, von der es nicht nur große wirtschaftliche Unterstützung erhält, sondern mit der es auch auf der politischen Ebene einen intensiven Besucher:innenaustausch pflegt. In der EU engagiert sich insbesondere Frankreich für marokkanische Interessen. Rund 30.000 Franzosen:Französinen leben in Marokko, 720.000 Marokkaner:innen in Frankreich.

Gemeinsam mit der Europäischen Union beschloss das Königreich die Schaffung einer Freihandelszone ab dem Jahr 2010, auf Grund des im Jahr 2000 in Kraftgetretenen Assoziationsabkommens zwischen Marokko und der EU. Marokko ist das Land, das finanziell am meisten von der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) profitiert.

Mit den Vereinigten Staaten werden ebenfalls sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Die Vereinigten Staaten messen Marokko als Anrainer der geostrategisch wichtigen Meeresenge von Gibraltar und im Kontext des „Krieges gegen den Terrorismus“ eine große Bedeutung bei. Nach den Anschlägen des 11. September wurden die Beziehungen durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den marokkanischen und US-amerikanischen Sicherheitsdiensten, die in der Aufdeckung einer „Schläfer:innen-Zelle“ von Al Qaida in Marokko mündeten, intensiviert. Ende 2003 haben etwa 100 US-amerikanische Sanitätssoldat:innen zusammen mit marokkanischen Streitkräften an der Militärübung MEDFLAG 2003 teilgenommen. Seit 2005 existiert eine Freihandelszone zwischen den USA und Marokko. Im April 2008 haben sich die USA öffentlich für den marokkanischen Autonomieplan für die Westsahara ausgesprochen und im Jahr 2020 offiziell anerkannt, im Jahr [2022](#) auch Spanien Deutschland, die Niederlande und eine Reihe afrikanischer und arabischer Staaten. Mitte 2023 erkannte auch Israel das annektierte Gebiet offiziell als marokkanisch an, 2024 auch Frankreich.

Durch ein Verteidigungsabkommen mit Tunesien intensiviert Marokko auch seine Beziehungen zu seinen Nachbarländern.

Grenzkonflikte

Neben dem Westsahara-Konflikt sieht sich Marokko mit spanischen Besitzansprüchen konfrontiert. Marokko hat sich gegen die spanische Hoheit über die Küstenenklaven Ceuta und Melilla ausgesprochen. Ebenso lehnt Marokko die 2002 von Spanien unilateral festgelegte östliche Meeresgrenze von den Kanarischen Inseln ab. 2020 brachen die Konflikte wieder auf, als Marokko eine kleine diplomatische Krise auslöste, indem es durch einen Gesetzesentwurf die Grenzziehung des umstrittenen Gebiets zu seinen Gunsten umdefinieren wollte. Auch die Einstellung von Grenzkontrollen und daraus resultierende Flüchtlingsströme nach Ceuta führten Anfang 2021 zu erneuten Spannungen. Beide Konflikte konnten noch nicht gänzlich gelöst werden, eine diplomatische Lösung zeichnet sich aber ab. Womöglich könnte die Anerkennung des marokkanischen Anspruchs über die Westsahara durch Spanien, ECFR (2022) zufolge, unter anderem auch mit diesem Vorfall bzw. einer größeren Annäherungspolitik Spaniens an Marokko in Verbindung stehen.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt kaum Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle. Der Konflikt mit Spanien weist auf die geostrategische Verletzbarkeit Marokkos und das Risiko seiner Isolierung auf vier Seiten hin und ist somit eine Ursache für ein fehlendes Rüstungskontrollabkommen: Im Norden Spanien, im Süden die immer noch ungeklärte Situation der Westsahara, im Osten Algerien, mit dem vor allem wegen des Konflikts in der Westsahara die Beziehungen schlecht und die Landwege unterbrochen sind, und im Westen der Atlantik.

Dennoch ist Marokko der Erklärung von Bamako über einen gemeinsamen afrikanischen Standpunkt zur unerlaubten Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und zum unerlaubten Handel damit beigetreten. Daneben hat Marokko den Pelindaba Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) bereits 1996 unterzeichnet, die Ratifikation fand jedoch erst im Jahr 2022 statt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die USA engagieren sich im Rahmen der 2005 ins Leben gerufenen Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI) in Marokko. Ziel der TSCTI ist, durch militärisches Training die Sicherheit in der Region zu verbessern und dem Terrorismus vorzubeugen beziehungsweise entgegenzuwirken. Das Oberkommando liegt seit 2008 bei AFRICOM.

Darüber hinaus ist die UN-Beobachtungstruppe MINURSO seit 1991 mit (Stand: November 2024) derzeit 20 Truppenangehörigen, 211 Militärbeobachter:innen sowie 7 zivilen Mitarbeiter:innen und einer (kenianischen) Polizist:in aus derzeit 42 Ländern in der Westsahara stationiert.

Die Bundeswehr beteiligt sich an der Mission seit 2013 mit bis zu vier Militärbeobachter:innen und Militärbeobachtern.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Im Mai 2003 forderten mehrere Bombenanschläge auf jüdische und westliche Einrichtungen in Casablanca über 40 Menschenleben und führten zu mehr als 60 Verletzten. Die Attentate haben die politische Atmosphäre in Marokko deutlich verändert. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Härte gegen fundamentalistische islamische Gruppen vor und haben seit dem Zeitpunkt der Anschläge mehr als tausend Verdächtige unter dem Vorwurf des militanten Islamismus festgenommen. Auch die Bevölkerung hat in vollem Umfang die Bedrohung der Zivilgesellschaft durch gewaltbereite Splittergruppen erfahren. Der Zorn großer Teile der Bevölkerung wendet sich gegen islamistische Gruppierungen, deren Ideologie als Nährboden dieser Gewalttaten empfunden wird. Wenige Tage nach den Anschlägen kam es in Casablanca zur größten Demonstration seit der Unabhängigkeit Marokkos mit mehr als einer Million Teilnehmer:innen, die sich gegen den Terrorismus wandte. Zuletzt kam es im April 2011 zu einem Terroranschlag auf ein Café in der Stadt Marrakesch bei dem 17 Menschen starben. Der Bombenangriff war der schwerste Terroranschlag in dem Land seit 2003. Zuletzt wurden im Dezember 2018 zwei Touristinnen auf einer Wandertour im Atlasgebirge Opfer eines Gewaltverbrechens mit terroristischem Hintergrund. Auch wenn Terrorismus in Marokko derzeit nicht als ausgesprochenes Problem gilt, sollen sich 2013 rund 1.600 marokkanische Staatsbürger:innen in Irak und Syrien dem IS angeschlossen haben (unter diesen auch rund 300 Frauen und 620 Kinder bzw. Minderjährige). Das UNODC unterstützte daher noch im Jahr [2022](#) den Kapazitätsaufbau für entsprechende Ermittlungskapazitäten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Marokko ist der weltgrößte Exporteur von Haschisch und beliefert etwa 70 Prozent des europäischen Cannabismarktes. Jährlich werden schätzungsweise etwa 2.000 Tonnen Haschisch auf einer Fläche von etwa 85.000 Hektar produziert. Der Marktwert beträgt etwa 2 Milliarden US-Dollar. Marokko ist ebenfalls ein wichtiger Transitpunkt von südamerikanischem Kokain auf dem Weg nach Westeuropa. Die marokkanischen Behörden haben sich bislang als weitgehend unfähig bei der wirksamen Bekämpfung des Drogenschmuggels herausgestellt. Auch die von Schleuser:innenbanden organisierte illegale Migration nach Westeuropa über die Straße von Gibraltar ist ein großes Problem. Menschenhandel und Prostitution sind insbesondere im nördlichen und urbanen Bereich Marokkos weit verbreitet. Laut NGO-Berichten gibt es in den Stadtzentren Tausende von minderjährigen Prostituierten.

Laut Organized Crime Index (2023) ist organisierte internationale Kriminalität aber kein ausgesprochen großes Problem in Marokko: es belegte hier den 112. von 193 Plätzen. Zu den bereits genannten Problemen nehmen demnach insbesondere auch Erpressungen durch Schleuserbanden zu.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Marokko boykottiert, ähnlich wie viele andere Länder der arabischen Welt, das [UN-Waffenregister](#). Hintergrund sind die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für viele arabische Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung über [Militärausgaben](#) hat Marokko bisher keine Daten an die Vereinten Nationen übermittelt. Da es dem [Arms Trade Treaty](#) nicht beigetreten ist, übermittelt es auch hier keine Daten – im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons berichtet das Land jedoch seit 2003 regelmäßig, zuletzt im Jahr 2022.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt. Es gab jedoch einige Fälle, in denen Waffen illegal aus Nachbarstaaten ins Land gebracht wurden. Diese waren meist für Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) bestimmt. Dabei kam es auch zu Festnahmen. Bezüglich der Wiederausfuhr von Waffen sind wenige Informationen bekannt, es wird jedoch davon ausgegangen, dass Klein- und Leichtwaffen über die Grenze mit Algerien illegal ein- und ausgefahren werden. Daran sollen insbesondere die Polisario-Separatist:innen beteiligt sein.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

On the social level, economic progress has primarily benefited a wealthy minority. The COVID-19 crisis, high inflation rates and stagnant annual GDP per capita levels have imposed significant burdens on the working and middle classes. Poverty and vulnerability are increasing, while disparities continue to widen. A substantial proportion of the population still lacks access to essential health care services, transportation and adequate housing.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/MAR>

Tabelle 16

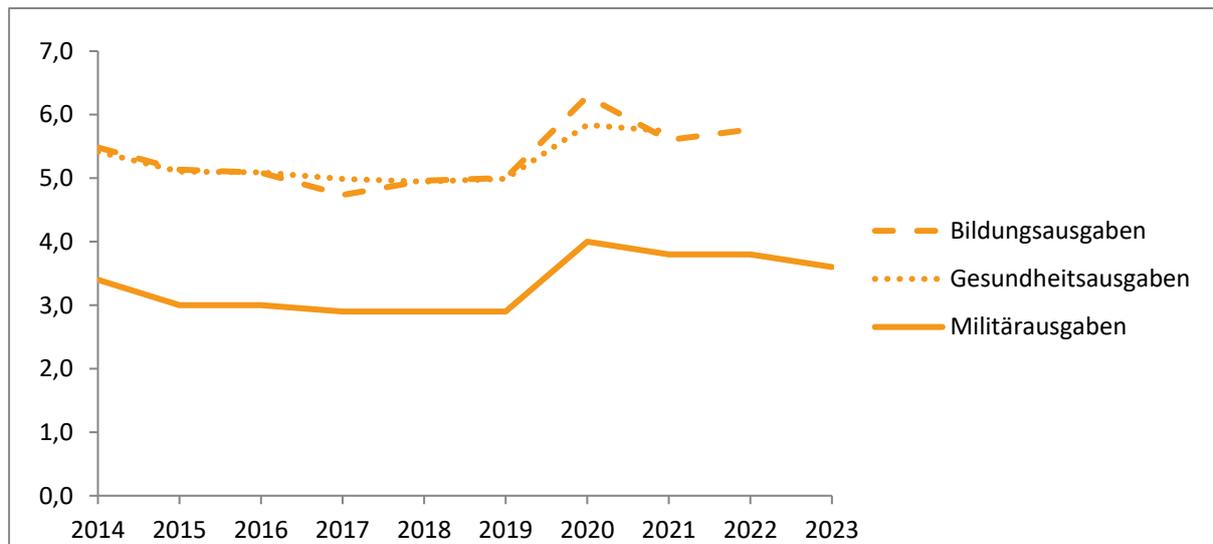
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3810	4883	5026	4995	4869
Militärausgaben/BIP	2,9	4,0	3,8	3,8	3,6
Gesundheitsausgaben/BIP	5,0	5,8	5,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,0	6,3	5,6	5,8	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	50411	55000	65712	65373	64713
Anteil am BIP (in Prozent)	39.6	42.7	54.1	46.1	49.4

	2018	2019	2020	2021	2022
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	299.34	295.67	789.19	789.63	1053.2
Net ODA (% of GNI)*	0.25	0.23	0.69	0.64	-
Deutsche ODA Zahlungen*	52.71	18.97	398.58	188.9	409.49

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18
Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	158	169.9	167.2	167.8	158.7
Index-Platzierung	24	19	20	20	26

Tabelle 19
Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Algerien	Militarisierungswert	189.5	193.5	186.6	179	206
	Index-Platzierung	16	16	16	19	14
Mauretanien	Militarisierungswert	136.9	142.3	137.6	136.6	140.3
	Index-Platzierung	40	35	43	39	37

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20
Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Algerien	Militärausgaben (absolut)	10383	10141	9455	9146	16052
	Militärausgaben/BIP	6,0	6,7	5,6	4,7	8,2

		2019	2020	2021	2022	2023
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	186	229	245	225	253
	Militärausgaben/BIP	2,0	2,4	2,3	2,3	2,5

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,677	0,684	0,683	0,688	0,698

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 3.700 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) gehört Marokko nach Kategorisierung der Weltbank zu den lower-middle income economies. Die Wirtschaft des Landes beruht wesentlich auf den zwei Säulen der Landwirtschaft und des Bergbaus erwies sich zuletzt als recht anfällig für globale Krisen wie die Covid-19 Pandemie (2020). Mit 60 Punkten lag Marokko 2019 auf einem mittelmäßigen 75. Platz des Global Competitiveness Index, welcher die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und ihren Ökonomien bemisst. Nach Einschätzung der Weltbank soll sich das Wirtschaftswachstum des Landes in den Jahren 2024 -2026 aufgrund steigender interner Kaufkraft und Nachfrage zwischen 3,1 und 3,5, % stabilisieren. Marokko gehört zu der HDI-Gruppe der Länder mit einer „mittleren menschlichen Entwicklung“ und machte in Bezug auf die Sustainable Development Goals die letzten drei Jahre nur noch geringe Fortschritte. Mit Platz 26 auf dem Globalen Militarierungsranking (Stand 2024) gehört das Land auch jenseits der Militärausgaben zu den am stärksten militarisierten Ländern der Welt. Ob der bereits hohen Militärausgaben des Landes und den weiterhin bestehenden großen Herausforderungen in Bezug auf die Sustainable Development Goals sind Rüstungsexporte nach Marokko aktuell als zumindest möglicherweise kritisch zu betrachten.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 3.700 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) gehört Marokko nach Kategorisierung der Weltbank zu den lower-middle income economies. Die Wirtschaft des Landes beruht wesentlich auf den zwei Säulen der Landwirtschaft und des Bergbaus. So machte die Land- und Forstwirtschaft bzw. Fischerei zuletzt (Stand

2023) 12 % des Bruttoinlandsproduktes aus. Darüber hinaus spielt die Phosphatgewinnung und dessen Verarbeitung in der im Aufbau befindlichen Düngemittel- und Chemieindustrie eine große Rolle. Die marokkanische Wirtschaft hat sich aber zuletzt recht anfällig für globale Krisen wie die Covid-19 Pandemie (2020) erwiesen. So brach das Wirtschaftswachstum 2020 deutlich, um 7,2 % ein. Auch der Krieg in der Ukraine zeigt derzeit eine deutliche Wirkung. So fiel das Wachstum 2022 mit 1,3 und im Jahr 2023 mit 3,2 %, nach einer Erholung im Vorjahr mit einem Wachstum von 8,0 %, wieder deutlich geringer aus. Mit 60 Punkten lag Marokko 2019 auf einem mittelmäßigen 75. Platz des Global Competitiveness Index, welcher die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und ihren Ökonomien bemisst. Im aktuelleren (2023) IMD World Competitiveness Ranking ist das Land nicht gelistet. Nach Einschätzung der Weltbank soll sich das Wirtschaftswachstum des Landes in den Jahren 2024 -2026 aufgrund steigender interner Kaufkraft und Nachfrage zwischen 3,1 und 3,5, % stabilisieren. Gegenüber dem Internationalen Währungsfonds bestehen ausstehende Verbindlichkeiten in Höhe von knapp 1,1 Milliarden US-Dollar (nachdem im November 2024 weitere 312,5 Mio. US-Dollar im Rahmen eines 1,3 Mrd. US-Dollar bestehenden Kreditrahmens abgerufen wurden). Damit liegt Marokko über der durchschnittlichen Höhe der Verbindlichkeiten der derzeit 94 Schuldnerländer. Zur Gruppe der Heavily indebted poor countries (HIPC) gehört das Land jedoch nicht.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,698 belegt Marokko derzeit (Stand 2022) Platz 120 (von 193) des Rankings des UNDP. Damit gehört es zu der HDI-Ländergruppe mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“. Damit liegt es deutlich hinter seinem süd-östlichen Nachbarn Algerien (HDI-Wert von 0,745, „hohe menschliche Entwicklung“) und etwas vor seinem südlichen Nachbarn Mauretanien (HDI-Wert von 0,540, „mittlere menschliche Entwicklung“). Auf dem Gender Development Index erreicht das Land einen Wert von lediglich 0,851, was bedeutet, dass in Marokko beide Geschlechter in recht ungleichem Maße von der Entwicklung des Landes profitieren. So ist allein die Lebenserwartung zugunsten der Frauen verschoben. Bei allen anderen Indikatoren wie Schulbildung und Einkommen haben Männer zum Teil deutliche Vorteile. So liegt der durchschnittliche Lohn von Männern mit rund 12.876 US-Dollar (PPP; 2017) mehr als viermal so hoch wie der von Frauen (2.968 US-Dollar). Mit 0,7 % des Nationaleinkommens bezieht Marokko immer noch in geringem Umfang Entwicklungshilfen (ODA).

In Bezug auf die Sustainable Development Goals machte Marokko die letzten drei Jahre nur noch geringe Fortschritte (von 2021 auf 2022 gar Rückschritte). Auf dem Sustainable Development Index wird das Land im Mittelfeld (Platz 69 von 166) verortet. Mit einer Punktebewertung von 70,9 liegt es dabei etwas über dem Durchschnitt der MENA-Region (76,1). Derzeit macht das Land nur in Bezug auf eins der insgesamt 17 Ziele (SDG 9; Industrie, Innovation & Infrastruktur) auf einem deutlich positiven Entwicklungskurs. Insbesondere bei SDG drei (good health and well-being) und fünf (gender equality) bestehen aber noch große Herausforderungen. Bei vier der Zielen wurden 2023 Rückschritte gemacht.

Die Militärausgaben Marokkos lagen in den letzten fünf Jahren bei durchschnittlich 3,3 Prozent des BIP recht hoch. Zuletzt (Stand 2023) wurden 3,6 % des BIP für das Militär ausgegeben. Die hohen Militärausgaben stellen aktuell eine Bürde dar und begrenzen die Ausgaben im Gesundheits- (5,7 % des BIP in 2021) und Bildungsbereich (5,8 %, 2022). Diese Mittel würden aber in beiden Bereichen dringend gebraucht. So entschloss die marokkanische

Regierung 2023 etwa den Zugang zum Gesundheitssystem durch eine staatliche Krankversicherung zu erleichtern. Der vereinfachte Zugang zu medizinischen Leistungen aber, wird nicht nur den Bedarf an ausgebildetem medizinischem Personal, sondern auch an entsprechender Infrastruktur und Ausstattung steigen lassen und entsprechende Mittel benötigen. Auch im Bildungssystem sind Investitionen dringend nötig. Dieses zählt zwar zu einer der Prioritäten des Königs, ächzt aber derzeit insbesondere unter stark steigenden Studierendenzahlen an den Hochschulen des Landes und einer hohen Abbrecherquote in den Schulen.

Mit Platz 26 auf dem Globalen Militarisiertungsranking (Stand 2024) gehört das Land auch jenseits der Militärausgaben zu den am stärksten militarisierten Ländern der Welt. Ob der bereits hohen Militärausgaben des Landes und den weiterhin bestehenden großen Herausforderungen in Bezug auf die Sustainable Development Goals sind Rüstungsexporte nach Marokko aktuell als zumindest möglicherweise kritisch zu betrachten, da sie die Entwicklung des Landes behindern können.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft